

DIE ENERGIEWENDE KIPPT !

Lesen Sie, was Fachleute, Energiekonzerne und Kontrollbehörden inzwischen sagen.

Auf unserer Titelseite formulieren wir bewusst provokant. Doch die Zweifel an Kosten, Tempo und Konstruktion der deutschen Energiewende kommen längst nicht mehr nur von ihren klassischen Kritikern. Viele der Probleme werden inzwischen offen benannt – meist jedoch einzeln: Netzausbau, Speicherbedarf, Negativpreise, Abregelungen, Versorgungssicherheit oder steigende Systemkosten. Wie diese Entwicklungen zusammenhängen und sich mit zunehmendem Ausbau von Windkraft und Photovoltaik verschärfen, wird dagegen nur selten anschaulich dargestellt.



Genau hier setzt unser Youtube- Video „[Energiewende – vom Ausbau zur Systemintegration](#)“ an. Anhand der offiziellen Einspeisedaten der Bundesnetzagentur und neuartiger Häufigkeitsdiagramme machen wir sichtbar, wie sich das deutsche Stromsystem seit 2015 verändert hat.



Eine vergleichbare, für jeden intuitiv verständliche Darstellung dieser Entwicklung ist in der öffentlichen Berichterstattung bislang nicht zu finden.

Auch **Energiekonzerne, Wirtschaftsverbände, Bundesnetzagentur und Bundesrechnungshof** fordern inzwischen erhebliche Kurskorrekturen. Bemerkenswert ist dabei: Viele dieser Stimmen wollen die Energiewende ausdrücklich fortsetzen – warnen aber gerade deshalb davor, dass Erzeugung, Netze, Speicher, gesicherte Leistung und Verbrauch nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind.

EnBW-Chef: Erneuerbare wurden ohne ausreichenden Netzausbau vorangetrieben

[EnBW](#) gehört selbst zu den größten Investoren der Energiewende. 66 Prozent der eigenen Erzeugungsleistung waren Ende 2025 erneuerbar; bis 2030 will der Konzern bis zu 50 Milliarden Euro in den Umbau des Energiesystems investieren.

Gerade deshalb ist hervorzuheben, was Vorstandschef **Georg Stamatelopoulos** sagt. Auf der Hauptversammlung 2026 kritisierte er, in der Vergangenheit sei der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben worden, „**ohne den Netzausbau ausreichend zu berücksichtigen**“. Für Dunkelflauten seien zuverlässige Stromquellen notwendig; Gaskraftwerke seien unverzichtbar und Batteriespeicher könnten allein keine Versorgungssicherheit gewährleisten. Bereits 2025 forderte EnBW ausdrücklich einen „**bedarfsorientierten**“ und „**kosteneffizienteren**“ Ausbau von Erneuerbaren und Netzen.

Das ist keine Kritik eines Windkraftgegners. Es ist die Kritik eines der größten Investoren der Energiewende.

RWE und E.ON fordern einen „Neustart“

Auch die Chefs von [RWE](#) und [E.ON](#) gingen 2025 gemeinsam an die Öffentlichkeit. E.ON-Chef Leonhard Birnbaum forderte eine bessere Balance zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Nach ihrer vorsichtigen Schätzung könne eine andere Ausgestaltung der Energiewende einen **dreistelligen Milliardenbetrag** einsparen. RWE-Chef Markus Krebber verlangte, die Kosten der Energiewende systematisch zu minimieren. Im Juli 2026 wurde Krebber noch konkreter. Deutschland habe über Jahre vor allem Kraftwerke abgeschaltet, statt gleichzeitig ausreichend neue gesicherte Leistung aufzubauen. Die entstandene Knappheit zeige sich heute in hohen Preisen. Neben erneuerbaren Energien müssten deshalb **Netze und gesicherte Erzeugungskapazitäten koordiniert ausgebaut werden**.

Auch RWE ist kein Gegner erneuerbarer Energien – der Konzern investiert selbst Milliarden in Wind, Solar und Speicher. Gerade deshalb ist die Forderung nach einer grundlegenden Korrektur der bisherigen Systemplanung beachtenswert.

BUNDESRECHNUNGSHOF:

Er benutzt wiederholt folgende Aussage: „Die Energiewende ist nicht auf Kurs“

Noch deutlicher wurde bereits 2024 der **Bundesrechnungshof**. Sein Sonderbericht trägt den Titel:

„Energiewende nicht auf Kurs“ Und Präsident Kay Scheller erklärte persönlich: „Die Energiewende ist nicht auf Kurs.“

Die Bundesregierung müsse dringend umsteuern. Besonders bemerkenswert war die Kritik am damaligen staatlichen Monitoring: Der Bundesrechnungshof bezeichnete dessen Annahmen als „**wirklichkeitsfremd**“, weil lediglich ein Best-Case-Szenario betrachtet worden sei.

Der Rechnungshof warnte zugleich vor den Kosten. Allein für den Ausbau der Stromnetze seien bis 2045 Investitionen von **mehr als 460 Milliarden Euro** erforderlich. Diese Systemkosten seien in der damaligen Kostendarstellung der Bundesregierung für erneuerbaren Strom nicht berücksichtigt worden. Dadurch entstehe ein falsches Bild der tatsächlichen Transformationskosten.

Besonders drastisch das Fazit:

„Die Risiken für die Energiewende und damit für unseren Wohlstand sind groß.“

[Originalbericht des Bundesrechnungshofes](#)

BUNDESNETZAGENTUR:

Milliarden für Netzengpässe

Auch die [Bundesnetzagentur](#) dokumentiert inzwischen die wachsenden Kosten des Netzmanagements.

Für **Redispatch und Reservekraftwerke** fielen allein 2025 rund **3,06 Milliarden Euro** an. Die Bundesnetzagentur will deshalb unter anderem mit dynamischen Netzentgelten Anreize schaffen, das Stromnetz in kritischen Situationen weniger zu belasten und den Redispatchbedarf zu reduzieren.

Das Problem ist also keineswegs theoretisch: Wenn Stromerzeugung und Verbrauch räumlich und zeitlich nicht zusammenpassen, müssen Netzbetreiber immer häufiger eingreifen.

Genau diese Entwicklung untersuchen wir auf Seite 3 unseres Flyers anhand der offiziellen Einspeisedaten.

DEUTSCHE INDUSTRIE:

Energiekosten werden zum Standortproblem

Die jüngsten Zahlen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages sind alarmierend.

Im **Energiewende-Barometer 2026** bewerten Industrie und Handel die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit jeweils mit **minus 22 Punkten**. Rund zwei Drittel der Industrieunternehmen berichten, dass hohe Energiepreise ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. 35 Prozent verschieben Investitionen in ihre Kernprozesse, weil hohe Energiekosten finanzielle Mittel binden.

Angesichts unserer bewusst zugespitzten Formulierung auf der Titelseite ist die Wertung der DIHK hervorzuheben: Sie schreibt, Unternehmen hätten ihre Produktion bereits reduziert, Teile ihrer Wertschöpfung verlagert oder ihre Geschäftstätigkeit in Deutschland ganz eingestellt.

Ende Juli 2026 fasste die DIHK ihre Ergebnisse sogar unter der Überschrift zusammen:

„Jedes dritte große Industrieunternehmen verlagert bereits Produktion ins Ausland“

Auch das Bundeswirtschaftsministerium räumt inzwischen ein, dass die energieintensive Industrie seit Jahren unter erheblichem Druck steht und die vergleichsweise hohen Energiekosten einen „**strukturellen Nachteil**“ im internationalen Wettbewerb darstellen.

Die Bundesregierung reagiert darauf seit 2026 mit einem staatlich subventionierten Industriestrompreis.

Chemische Industrie: Energiekosten „untragbar hoch“

Der Verband der Chemischen Industrie und der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft erklärten im Juni 2026, die Erdgaskosten der deutschen Industrie befänden sich auf einem „**untragbar hohen Niveau**“ und gefährdeten die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die Ursachen der Industriekrise sind allerdings vielfältig. Hohe Energiekosten sind nicht allein Folge des Ausbaus erneuerbarer Energien: Gaspreisschock, Ukrainekrieg, LNG-Abhängigkeit, Netzkosten, Steuern und Abgaben sowie allgemeine Standortprobleme spielen ebenfalls eine erhebliche Rolle. Gerade deshalb sollte die Energiewende so gestaltet werden, dass sie nicht noch zusätzliche vermeidbare Systemkosten erzeugt.

DAS EIGENTLICHE PROBLEM:

Nicht mehr nur Ausbau – sondern Systemintegration

Wind- und Solaranlagen erzeugen Strom nicht nach Bedarf, sondern nach Wetterlage. In der ersten Phase der Energiewende konnte zusätzliche erneuerbare Erzeugung überwiegend fossilen Strom verdrängen. Mit wachsendem Ausbau verändert sich jedoch die Aufgabe: Immer häufiger entsteht viel Strom gleichzeitig. Dann müssen Verbrauch, Exportmöglichkeiten, Netze, Speicher und flexible Erzeuger diese Leistung aufnehmen können. Unsere bisherigen Auswertungen zeigen genau diese zunehmende Diskrepanz. Auch in unseren früheren Energiewende-News haben wir zwischen kurzfristigem Batteriespeicherbedarf, mehrtägigen Wetterphasen und saisonalem Ausgleich unterschieden. Die Größenordnungen unterscheiden sich dabei fundamental. Die Bundesnetzagentur reagiert inzwischen selbst auf dieses Systemproblem mit einer Reform der Netzentgelte und neuen Anreizen für systemdienliches Verhalten.

Wasserstoff: Der entscheidende Baustein kommt gar nicht oder bestenfalls viel zu langsam

Für längere Dunkelflauten soll künftig insbesondere Wasserstoff eine Rolle spielen. Doch ein liquider Wasserstoffmarkt existiert bislang nicht. Selbst die Rahmendaten der Treibhausgasprojektionen 2026 gehen davon aus, dass vor 2032 noch nicht von einem liquiden Markt ausgegangen werden kann; die Kostenangaben weisen derzeit eine erhebliche Bandbreite auf.

Gleichzeitig wird weiter massiv gefördert. Das Bundeswirtschaftsministerium unterstützt beispielsweise neue dänische Wasserstoffprojekte, die ab 2031 Wasserstoff für Deutschland liefern sollen.

Das bedeutet nicht, dass Wasserstoff technisch gescheitert ist. Es bedeutet aber: **Ein zentraler Baustein des für die Zukunft geplanten Energiesystems steht heute noch nicht im benötigten industriellen Maßstab zur Verfügung.**

UNSER FAZIT

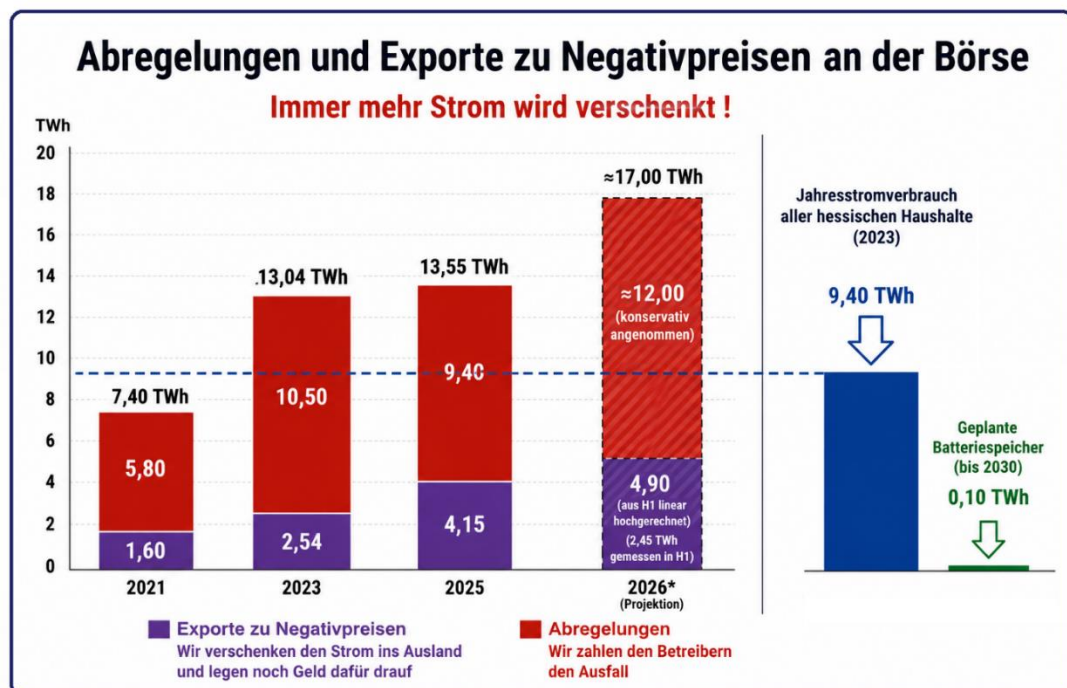
Die hier zitierten Fachleute und Institutionen vertreten keineswegs alle unsere Positionen. Viele von ihnen sind überzeugte Befürworter der Energiewende.

Gerade das macht ihre Warnungen so bedeutsam.

Wenn EnBW einen bedarfsorientierteren Ausbau fordert, RWE und E.ON Einsparpotenziale in dreistelliger Milliardenhöhe sehen, der Bundesrechnungshof die Energiewende als „nicht auf Kurs“ bezeichnet, die Bundesnetzagentur Milliardenkosten für Netzeingriffe dokumentiert und die Industrie zunehmend vor einem Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit warnt, dann ist die Frage nach einer grundlegenden Kurskorrektur legitim.

Mehr vom Gleichen ist noch keine Strategie.

Nicht der weitere Ausbau von Windkraft und Photovoltaik allein entscheidet über den Erfolg der Energiewende, sondern die **Integration in ein bezahlbares und jederzeit funktionsfähiges Gesamtsystem.**



[Reuters: Negative power prices expose a market opportunity](#), 27.07.2026 – **Negativpreise werden zum strukturellen Investitionsproblem.** Reuters beschreibt, dass Deutschland, Spanien und Schweden 2025 jeweils **mehr als 500 Stunden mit negativen Großhandelspreisen** hatten.

[DIHK: Energiewende-Barometer 2026](#), 27.07.2026 – „**Kosten werden zum Standortproblem**“. Rund **40 % der Industriebetriebe** beschäftigen sich laut Energiewende-Barometer mit Verlagerungen von Investitionen oder Produktion, haben sie begonnen oder bereits vollzogen; bei großen Industrieunternehmen sind es **60 %**. Rund zwei Drittel der Industrieunternehmen berichten von Beeinträchtigungen ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Energiepreise. Die DIHK spricht ausdrücklich von der Gefahr einer „**schleichenden Deindustrialisierung**“.

[BDI: Transformation und Deindustrialisierung](#), 18.07.2026 – „**fortschreitende Deindustrialisierung**“. Der BDI sagt, viele Unternehmen wollten dekarbonisieren, könnten es aber nicht, weil **bezahlbarer grüner Strom, grüner Wasserstoff oder die notwendigen Netze fehlen**. Ein steigender CO₂-Preis treibe unter diesen Bedingungen lediglich die Kosten, statt Investitionen auszulösen.

[Bundesnetzagentur: Netzreserve 2026/27 und 2028/29](#), Mai 2026 – **Netzreserve steigt wieder.** Für den Winter 2026/27 werden **7,407 GW Netzreserve** benötigt, für 2028/29 sogar **8,274 GW**. Besonders interessant: Ein Teil der Reserve muss weiterhin aus **ausländischen Kraftwerken** beschafft werden. Die BNetzA begründet den hohen Redispatch- und Reservebedarf unter anderem mit den wachsenden Transportaufgaben durch den Ausbau der Erneuerbaren.

Obwohl **die installierte Wind-/PV-Leistung explodiert**, sind für die Versorgungssicherheit weiterhin mehrere Gigawatt Reservekraftwerke nötig

[Reuters: Thyssenkrupp Nucera abandons SOEC mass-production plans](#)

11.08.2026 – Thyssenkrupp Nucera gibt SOEC-Serienproduktion auf. Nucera hat die Pläne zur Massenproduktion seiner Hochtemperatur-Wasserstoff-Elektrolyse-Stacks aufgegeben, schreibt deshalb rund 30 Mio. Euro ab und senkt den Ausblick für das Geschäft mit grünem Wasserstoff. Der erwartete Umsatz des Segments wurde ebenfalls reduziert.

[Der Spiegel](#): Dämpfer für afrikanische Wasserstoff-Versprechen

[Handelsblatt](#): Stahlindustrie könnte Milliarden umsonst investiert haben

Laut einer Studie droht die Wette auf grünen Stahl aus Deutschland zu scheitern. Die Branche muss sich ihre globale Daseinsberechtigung neu erkämpfen. Experten sehen dafür zwei Chancen.

[Financial Times: Dieter Helm – The hidden costs of net zero](#) **Sir Dieter Helm**, Energieökonom in Oxford, schrieb im Juli in der Financial Times über die „**hidden costs of net zero**“. Bei einem stark wind-/solarbasierten System müsse man nicht nur die Erzeugungskosten der Anlagen betrachten, sondern zusätzlich den viel größeren Aufwand für Netze, Speicher und Backup-Kapazitäten. Er warnt deshalb davor, aus niedrigen Erzeugungskosten von Wind und PV unmittelbar niedrige Kosten des Gesamtsystems abzuleiten.

[The Telegraph](#): Siemens-Energy-Aufsichtsratschef Joe Kaeser warnt vor einer ideologisch betriebenen Net-Zero-Politik. Wer Wirtschaftskraft und gesellschaftlichen Wohlstand durch einen ideologischen Umgang mit Netto-Null gefährde, gebe den Kritikern recht. Er fordert für Deutschland einen wirtschaftlich tragfähigen Dekarbonisierungspfad. Kaeser ist dabei ausdrücklich kein Gegner erneuerbarer Energien.

[Washington Examiner](#): Bezeichnet Deutschland als „Plakatkind des gescheiterten grünen Paternalismus“. Der Artikel argumentiert, die Energiewende habe nicht nur versagt, sondern eine neue Energiekrise geschaffen, die Deutschland zwingt, Kohlekraftwerke wieder hochzufahren und Strom zu importieren.

[Bundeswirtschaftsministerium](#): Die Bundesregierung schlägt das nächste Kapitel der Energiewende auf – EEG-Novelle und Netzanschlusspaket im Bundeskabinett beschlossen

[DNW](#): Stellenabbau: Autoindustrie streicht so viele Jobs wie nie

[Tichys-Einblick](#): Energiewende am Abgrund: Wer wird zuerst abgeschaltet? - TE Wecker am 08.08.2026

[Bild](#): Wir müssen die Klimawende verschieben!

[Blackout-News](#): RWE-Chef Krebber fordert Klimaziel zu verschieben – Deutschlands Sonderweg zu teuer

[Rheinische Post](#): *Evonik-Chef Christian Kullmann* „Die Energiewende hat 1000 Milliarden Euro gekostet – und uns nichts gebracht“

[t-online](#): Reiches Energiegesetz- In vielen Regionen werden Wind und Solar unmöglich

[Apollo-News](#): Bundesnetzagentur, Mehr Verbrauch, schwache Erzeugung: Netzbetreiber warnen vor Strommangel im Winter 2030

[Börse-Express](#): EEG-Reform ab 2027: Feste Einspeisevergütung für Solaranlagen entfällt

[YouTube](#): Geheimplan Bundesnetzagentur! Bei Strommangel Abschaltungen des Mittelstandes

[MOZ](#): Weniger Strom aus dem Netz, aber trotzdem mehr zahlen?

Wer mit Solaranlage weniger Strom kauft, könnte in Zukunft trotzdem mehr zahlen: Die Bundesnetzagentur will die Netzkosten neu verteilen. Für Stromerzeuger in Brandenburg wird das zur Kostenfrage.

[Tkp](#): Die Illusion vom billigen Wind- und Solarstrom – aus 35 Euro werden 440 Euro

[Agrar-heute](#): Strompreise zu hoch - Katherina Reiche will Landwirten Pachtzins kürzen

[DIHK](#): Aktuelle Energiewende-Politik kostet bis zu 5,4 Billionen Euro

[elocal.co.nz](#) (Neuseeland): Berichtet über Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, die in der *FAZ* einräumte, dass eine Energiewende, die „Systemkosten ignoriert, das Land ruinieren wird, das sie retten soll“. Dies wird als erster großer Riss im ideologischen Fundament der deutschen Energiepolitik gewertet.

Fazit:

In der internationalen Presse mehren sich kritische Stimmen zur deutschen Energiewende. Deutschland wird dabei zunehmend als warnendes Beispiel für eine zu stark politisch gesteuerte und wirtschaftlich problematische Energiepolitik dargestellt. Im Mittelpunkt der Kritik stehen vor allem die hohen Kosten für Verbraucher und Industrie, die Versorgungssicherheit und die wachsenden Probleme bei der Integration von Wind- und Solarstrom.